



**SCHWEIZERISCHE VERTRETUNG
REPRÉSENTATION SUISSE**

in/à

P R A G

E D A

- Politisches Sekretariat
- Politische Abt. 1

E V D

- B A W I

Ihr Zeichen
Votre référence

Ihre Nachricht vom
Votre communication du

Unser Zeichen
Notre référence

Datum
Date

331.1 -HO/JEA

26.10.92

Gegenstand/Objet:

**Besuch von Frau Ständeratspräsidentin Josi MEIER
in der Tschechoslowakei (18. - 22. Oktober 1992)**

Die Präsidentin des Ständerates, begleitet vom stellvertretenden Generalsekretär der Parlamentsdienste, führte am 19./20. Oktober 1992 in Prag Gespräche mit Vertretern der föderalen und tschechischen Regierung, bzw. Parlamente; am 20./21. Oktober traf sie sich in Bratislava mit Repräsentanten der Regierung und des Nationalrates der Slowakischen Republik. Die Botschaft war durch den Unterzeichnenden und Herrn A. Hoffet vertreten. Ihr Besuch fand in den Medien die nötige Aufmerksamkeit.

Die Gespräche, welche im folgenden nach Themengruppen zusammenfassend wiedergegeben werden, drehten sich im wesentlichen um den aktuellen Stand der Auflösung der Föderation und die Probleme, welche auf die beiden neuen Staaten zukommen.

1. Gespräche auf föderaler Ebene

Auf der Ebene des Föderativstaates waren die wichtigsten Gesprächspartner von Frau Meier Herr Michal KOVAC, Vorsitzender der Föderalversammlung, Herr Vaclav BENDA, Vorsitzender der Volkskammer und der Tschechischen Christdemokraten, Herr Peter RECEK, Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Volkskammer, sowie Herr Jiri HORAK, Vorsitzender der ausserpolitischen Kommission der Volkskammer und Präsident der Tschechischen Sozialdemokraten. Informelle Unterredungen fanden ausserdem mit dem Vorsitzenden der Kammer der Nationen, Herrn Roman ZELENAY, und mit Aussenminister Jozef MORAVCIK statt.

Beilagen/Annexes:

~~erwähnt~~

Durchschlag an

Copie à

- Frau Ständeratspräsidentin Josi MEIER
- Herrn John CLERC, stv. Generalsekretär der Parl. Dienste



1.1. Gründe der Auflösung der Föderation

Einigkeit herrschte bei tschechischen und slowakischen Politikern der föderalen Ebene darüber, dass die bevorstehende Auflösung der Föderation nicht bloss die Folge slowakischer nationalistischer Bestrebungen ist, sondern als **Ergebnis eines schon in den Verträgen von Trianon und St. Germain gründenden historischen Prozesses und der auseinanderklaffenden wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den beiden Teilrepubliken** zu interpretieren ist. In den fast 3 Jahren seit der "samtenen Revolution" habe man jedoch erkennen müssen, dass es zwischen der tschechischen Position eines föderativen Einheitsstaates und den diversen slowakischen Vorschlägen, eine Konföderation, bzw. eine Union zu bilden, keinen gemeinsamen Nenner gebe. Einzig der Vorsitzende der Sozialdemokratie Horak, bezeichnete die Trennung als schweren Fehler, den die beiden Völker in der Zukunft noch teuer bezahlen müssten; ansonsten herrschte Konsens über die Unvermeidlichkeit der auf den 31. Dezember 1992 angesetzten Trennung.

1.2. Das Prozedere der Trennung und die Gestaltung der künftigen tschechisch-slowakischen Zusammenarbeit

Kovac betonte, dass das Ende der Föderation nicht nur das Absterben einer überlebten Struktur, sondern auch die Entstehung neuer Formen der tschechisch-slowakischen Zusammenarbeit bedeute. Vor allem slowakische Politiker insistieren auf den vielen **Gemeinsamkeiten** und dem nun entstehenden **engen Netz von vertraglichen Beziehungen zwischen den beiden sich historisch und kulturell so nahestehenden Staaten**. Tschechischerseits äusserte man sich über die Neuordnung der Beziehungen zwischen den beiden Republiken dagegen eher pragmatisch und nüchtern. Allseits war aber das Bemühen feststellbar, den ausländischen Besucher in bezug auf den **friedlichen** und, soweit möglich, **verfassungsmässigen Charakter** des Trennungsprozesses zu beruhigen.

Der föderale Staat existiere nur noch "de jure", während die meisten Kompetenzen "de facto" schon von den Republiken ausgeübt würden. Für das Jahr 1993 werde kein gemeinsames Budget mehr erstellt. Die Föderalversammlung solle bis zu ihrer Auflösung Ende d.J. in drei gemeinsamen Plenarsitzungen die noch fehlenden Verfassungsgesetze verabschieden, die zur endgültigen Trennung erforderlich sind, namentlich über

- die Abgabe der verbleibenden Kompetenzen der Föderation an die Republiken;
- die formale Beendigung der Föderation;
- sowie die Aufteilung des Eigentums der Föderation.

Ueberdies würden die Republiksregierungen den beiden Parlamenten die Entwürfe der **bilateralen Abkommen zwischen CS und SR** zur Ratifikation unterbreiten, welche die zukünftigen Beziehungen in

verschiedenen Bereichen regeln sollen (Zollunion, Finanz-/Steuer- und Währungswesen, Kapital- und Arbeitsmarkt, Sozialversicherungen, Bürgerrecht, Zusammenarbeit auf aussen- und sicherheitspolitischem Gebiet, usw.). Ungewiss sei freilich noch, ob die beiden Nationalräte, besonders der tschechische, diese Verträge gutheissen werden.

1.3. Probleme im Zusammenhang mit der Trennung

Als grosses, nur langfristig und in zähen Verhandlungen lösbares Problem wurde allseits die **Teilung des föderalen Eigentums** bezeichnet; die Aufteilung der Streitkräfte gehöre dabei noch zu den geringeren, technisch bereits bewältigten Problemen. Besonders umstritten sei die anlässlich des nächsten Treffens der beiden Republikregierungen am 26.10.1992 zu diskutierende Frage des **Bürgerrechts**, in der die Slowaken sich für die Möglichkeit einer doppelten Nationalität, die Tschechen jedoch für die Wahl nur eines der beiden Bürgerrechte ausspreche.

2. Gespräche mit Vertretern der tschechischen Regierung

Frau Meier unterhielt sich mit dem Vize-Premierminister der Tschechischen Republik, Jan KALVODA, und dem tschechischen Minister für internationale Beziehungen, Josef ZIELENIEC. Ein Treffen mit dem Vorsitzenden des tschechischen Nationalrates, Milan UHDE, wurde wegen des kurzfristig anberaumten Gesprächs mit dem slowakischen Premier Meciar von der schweizerischen Seite abgesagt.

2.1. Trennungsproblematik

In der CR habe die sich seit den Wahlen überstürzenden Entwicklung in Richtung Auflösung der Föderation zu Beginn zwar starke Emotionen ausgelöst, doch **habe sich das tschechische Volk mittlerweile mit der objektiven Notwendigkeit der Trennung abgefunden**, während die Slowaken neuerdings mit ihren Konföderations- und Unionsprojekten eine Art "Rückkoppelung" des Teilungsprozesses zu betreiben versuchten. Naturgemäss könne ein solcher Auflösungsvorgang nicht ohne Konflikte ablaufen, umso weniger, als er im Falle der CSFR mit der kritischsten Phase der Wirtschaftsreform zusammenfalle und drohe, die allgemeine Aufmerksamkeit von deren Dringlichkeit abzulenken.

Die Trennung müsse schon deshalb rasch und definitiv vollzogen werden, weil sonst jene zu Missverständnissen Anlass bietende Situation des "doppelten Rechts" fort dauern würde, die mit der Proklamation der slowakischen Verfassung entstanden sei. Immer öfter würden die verbleibenden föderalen Institutionen nur noch zur Obstruktion missbraucht, wenn die Verhandlungen zwischen den

beiden Republikregierungen sich in eine Sackgasse befänden.

Die **Aufteilung des Eigentums der Föderation** werde gemäss international anerkannten Kriterien (Verteilungsschlüssel proportional zur Bevölkerung der beiden Republiken, Territorialitätsprinzip) durchgeführt. Die zu Zeiten des Warschauer Pakts überdimensionierte **Armee**, welche in der Slowakei noch über enorme Rüstungsarsenale verfügt, müsse nicht nur aufgeteilt, sondern auch abgebaut werden. Kalvoda garantiert, dass die CR niemals Waffen in Konfliktgebiete wie das ehemalige Jugoslawien exportieren würde, schliesst dies aber für die wirtschaftlich schwächere SR nicht aus.

Hinsichtlich der **Zukunft der Zollunion und der vorerst gemeinsamen Währung** äussern die Vertreter der tschechischen Regierung angesichts der ungleichen wirtschaftlichen Potentiale **Skepsis** bezüglich der Möglichkeiten einer gegenseitig aufeinander abgestimmten Wirtschaftspolitik. Jedenfalls wird die von der Slowakei angestrebte höchstmögliche Integrationsstufe der CR und der SR gegen aussen als Illusion bezeichnet. Die CR gedenke aber in ihrem eigenen Interesse alles zu unternehmen, was zu einer wirtschaftlich prosperierenden, politisch stabilen Slowakei beitragen könne.

Laut Kalvoda hat man sich mit der Vorstellung abzufinden, dass ab 1. Jan. 1993 alle Probleme im Zusammenhang mit der Trennung in **bilateralen Verhandlungen** gelöst werden müssen, da es von da an keine föderalen Institutionen, vermutlich auch nicht in Form von Schiedsgerichtsbarkeiten oder gemeinsamen Entscheidungsorganen mehr geben werde.

2.2. Probleme der Verfassung und der Innenpolitik

Im Gegensatz zur SR tue sich die CR schwer mit der Verabschiedung einer Verfassung, v.a. da das in ihrem Parlament repräsentierte politische Spektrum vielfältiger und antagonistischer sei als jenes der Slowakei. Einige der kontroversen Fragen näherten sich mittlerweile jedoch einer Lösung: Der **Katalog der Grundrechte** solle teilweise aus dem föderalen Verfassungsgesetz übernommen; das tschechische Parlament werde wahrscheinlich durch einen **Senat** ergänzt werden, der sich, nach Auffassung der Regierungsparteien, vorläufig aus ehemaligen tschechischen Abgeordneten der aufgelösten Föderalversammlung zusammensetzen müsste. Die **territoriale Gliederung der künftigen CR** sei noch nicht beschlossene Sache, doch zeichne sich eine Aufteilung in Regionen von 1 bis 2 Mio. Einwohnern ab, um die Entstehung einer neuen Bipolarität, diesmal zwischen Böhmen und Mähren, zu vermeiden.

Uneinigkeit herrsche noch bezüglich der Frage, ob die CR, analog zur SR, den Teilungsbeschluss in einem **Ratifikationsreferendum**

vom Volk bestätigen lassen wird. Hierzu nehmen Vertreter der Regierungsparteien ablehnend Stellung, da ein solches Referendum im besten Fall das bereits Beschlossene bestätigen, im schlimmsten Fall aber Verwirrung stiften könne; die linke Opposition (Horak) dagegen befürwortet eine Volksbefragung und fordert, im Falle der Ablehnung des Trennungsbeschlusses durch das Volk, Neuwahlen durchzuführen. Klar sei immer noch nicht, ob der **Präsident** vom Volk oder vom Parlament zu wählen ist und welche Kompetenzen ihm zukommen.

2.3. Aussenpolitik

Leitmotiv aller Vertreter des tschechischen Standpunkts in ausserpolitischer Hinsicht ist die **"Rückkehr nach Europa"** und die **feste Verankerung der CR im westlichen Lager**. Das dem tschechischen Nationalrat bereits vorgelegte ausserpolitische Konzept der Regierung enthält gemäss Aussenminister Zieleniec in diesem Zusammenhang insbesondere folgende Leitlinien:

- **Eingliederung der CR in die europäischen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Organisationen**, namentlich in die EG, NATO, WEU.
- Die **gut nachbarschaftliche Beziehungen zu SR** bilden aus nahe- liegenden historischen, wirtschaftlichen und praktischen Gründen eine Hauptachse der tschechischen Politik und werden in nächster Zeit den Abschluss einer ganzen Reihe von Abkommen technischer Natur erfordern (siehe 1.2.).
- **Gute nachbarschaftlichen Beziehungen nicht nur zur SR, sondern auch zu Polen und Ungarn**: Die Bemühungen zur Errichtung einer Freihandelszone sind bereits weit vorgeschritten.
- **Gute Beziehungen zu Deutschland**: Die CR strebt zu diesem für sie entscheidenden Partner ein "ausbalanciertes" Verhältnis an, ähnlich wie andere europäische Kleinstaaten, etwa die Schweiz, Dänemark und die Niederlande es bereits pflegen. Erstrebenswert ist ein ausgewogenes Netz von bi- und multilateralen Beziehungen.

Was die **Akzeptanz der durch den Teilungsprozess entstehenden "faits accomplis"** seitens der internationalen, namentlich aber **der Europäischen Gemeinschaft** angeht, glaubt Zieleniec, dass die gegenseitige Abstimmung des tschechischen und des slowakischen Standpunkts allfällige Zweifel und Widerstände beseitigen werde. Ein Beispiel hierfür sei die Regelung der Frage der Uebernahme völkerrechtlicher Verpflichtungen der ehemaligen CSFR durch die beiden Nachfolgestaaten, wie sie im Memorandum enthalten ist, das am 28. Oktober 1992 von den Premierministern Klaus und Meciar dem britischen Premier- und EG-Vorsitzenden Major unterbreitet wird.

Internationale Auswirkungen habe auch das **Problem der ökologischen Altlasten** der von den Kommunisten betriebenen Energiepolitik. Nun gelte es, durch Freisetzung der Preise den Energiekonsum zu dämpfen, die durch die Braunkohlenutzung verursachte Umweltzerstörung zu beseitigen und die auf sowjetischer Technologie beruhenden Atomkraftwerke gemäss internationalen Normen zu modernisieren und zu sichern.

Schliesslich erinnert Zieleniec an die **Tradition Prags als internationale Stadt** und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass diese Tradition mit der Beherbergung des KSZE-Sekretariates wieder aufgenommen werde.

3. Gespräche mit Regierungs- und Parlamentsvertretern der Slowakischen Republik

In der SR konnte sich die Ständeratspräsidentin mit Premierminister V. MECIAR, mit dem Vorsitzenden des Nationalrats der SR, I. GASPAROVIC und den Vizevorsitzenden M. HUSKA, P. WEISS und J. PROKES unterhalten. Ferner führte sie ein Gespräch mit dem ehemaligen Premierminister und Vorsitzenden der christlich-demokratischen Bewegung J. CARNOGURSKY und mit einem Vertreter des Aussenministeriums.

Da die meisten Gespräche nur geringfügige Abweichungen und Ergänzungen zur Lagebeurteilung durch Premierminister Meciar und den Nationalratsvorsitzenden Gasparovic ergaben, werden anschliessend deren Aussagen im wesentlichen wiedergegeben.

3.1. Trennungproblematik

In Bratislava werden die Ursachen, die zur Trennung geführt haben, nicht wesentlich anders analysiert als in Prag: Der Nationalismus sei nicht Grund, sondern Konsequenz einer Entwicklung, die im wesentlichen auf den **ungleichen Wirtschaftsstrukturen der beiden Teilrepubliken** (Schwerindustrie in der SR, verarbeitete Produkte in der CR) und auf den **unvereinbaren reformpolitischen Konzeptionen der beiden nach der Revolution angetretenen Regierungsequipen** beruhe. In der CR hätten die letzten Wahlen eine "thatcheristische" Rechts-Mehrheit an die Macht gebracht, die kein Interesse habe, die von der slowakischen Mitte-Links-Regierung angestrebte "soziale Marktwirtschaft" mitzutragen. Die Weltöffentlichkeit täusche sich aber, wenn sie der slowakischen Seite die alleinige Verantwortung für die Auflösung der CSFR zuschiebe: Die SR wollte nicht ihre vollständige Unabhängigkeit, sondern mehr Autonomie in einem lockereren Staatenverband mit der CR erkämpfen. Ihre Vorschläge, eine Konföderation oder eine Union zu schaffen, hätten sich jedoch gegen das streng unitaristische Konzept der Tschechen nicht durchzusetzen vermocht.

Bezüglich der **Modalitäten der Trennung** ist man in Bratislava zuversichtlich, dass die von der Föderalversammlung in diesem Zusammenhang noch zu verabschiedenden ca. 20 Gesetze sowie die von den beiden Nationalräten zu ratifizierenden bilateralen Verträge bis Jahresende unter Dach sein werden. Gasparovic spricht von einem **globalen Vertrag über die Ausgestaltung der tschechisch-slowakischen Zusammenarbeit ab 1. Jan. 1993**. (Ein solches Rah-

menabkommen wurde jedoch von keinem der tschechischen Gesprächspartner erwähnt, da eine derartige Institutionalisierung der bilateralen Beziehungen sich wiederum einer Union annähern würde.)

Die **Aufteilung der föderalen Eigentums** wird auch in Bratislava als zentrales Problem betrachtet, bei welchem beide Seiten das Gefühl hätten, "draufzuzahlen". Die Slowakei habe den Eindruck, dass ihr die Tschechische Republik Milliardenbeträge von Kronen vorenthalten wolle. Premierminister Meciar fordert eine klare Aufstellung der geschuldeten Beträge. Insbesondere könne die tschechische Regierung einen grossen Teil der ehemaligen föderalen Institutionen und Staatsorganen übernehmen, während die SR sie aus dem Nichts erschaffen müsse. Z.B. werde die Slowakei ab 1.7.1993 eine eigene Währung haben, wisse aber derzeit noch nicht einmal, in welchem Gebäude sie die Emissionsbank unterbringen werde.

Die slowakische Verfassung sehe ein **Ratifikationsreferendum** obligatorisch vor; dem Volk werde die Frage unterbreitet, ob es den mit der CR ausgearbeiteten Rahmenvertrag über die künftige Zusammenarbeit gutheisse. Gasparovic ist sich allerdings der Tatsache bewusst, dass die Regierung der CR einen solchen Globalvertrag womöglich am Ende nicht genehmigen könnte.

3.2. Wirtschaftsreform

Die neue Wirtschaftspolitik der SR verläuft nach Aussagen der befragten slowakischen Verantwortlichen auf zwei Hauptachsen, die sich von den Prioritäten der CR stark unterscheiden:

- Die **Privatisierung** solle v.a. auf dem **Zufluss ausländischen Kapitals** basieren; dieses sog. "Entwicklungskapital" werde durch günstige Investitionsbedingungen (Steuervorteile, keine obere Grenze für ausländische Beteiligungen, usw.) angezogen. Zudem glaube die Slowakei, dank niedrigem Lohnniveau, Nähe zu den Märkten in Osteuropa und im Vergleich zur CR relativ neuem Maschinenpark über gute **Standortvorteile** zu verfügen. Zu fördern seien insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen; die Grossbetriebe der Rüstungsindustrie und des Hüttenwesens bedürften alle der industriellen Rekonversion, die sich aber wegen des geringen Interesses privater Investoren schwierig anlasste, ähnlich wie in der Landwirtschaft, wo kaum jemand Interesse an der Uebernahme der ehemaligen LPGs zeige. (Meciar präzisiert, die jetzige slowakische Rüstungsproduktion entspreche noch 9 % des Volumens von 1989.)
- Angesichts steigender Arbeitslosigkeit und einer wachsenden Zahl von Haushalten, die sich am Rande des Existenzminimums bewegen, müsse die SR den Weg der **sozialen Marktwirtschaft** einschlagen, in welcher dem Staat eine wichtige Rolle zukommt. Während Klaus glaube, dass der Markt alle Probleme löse, geht Meciar davon aus, dass der Markt, zumindest in der Slowakei, überhaupt erst einmal geschaffen werden muss. Die Regierung bemühe sich um Liberalisierung der Wirtschaft und studiert westliche, u.a. auch schweizerische Modelle des Banken- und Finanzwesens. **Z.Z. fehle es aber an geschulten Leuten**, welche der Privatwirtschaft die nötigen Impulse verleihen könnten. Ein ähnlicher Bedarf, sich an westlichen Vorbildern zu schulen,

bestehe übrigens auch auf dem Gebiet der parlamentarischen Demokratie und des politischen Pluralismus.

3.3. Aussenpolitik

Hauptsorge der Slowakischen Republik sei ihre Anerkennung als unabhängiger, gleichberechtigter Staat durch die Völkergemeinschaft. M verleiht dem Wunsch Ausdruck, dass auch die Schweiz den neuen Staat anerkenne und einen Botschafter akkreditiere, selbst wenn dieser in Prag residiere. Keiner der Gesprächspartner in Bratislava hat explizit die Frage nach der schweizerischen Vertretung in der Slowakischen Republik nach dem 1.1.1993 gestellt.

Hingegen war in vielen Gesprächen die **Sorge über das ungünstige "Image" der SR im westlichen Ausland** spürbar. Ueber die Gründe der Trennung und die Entwicklung der Slowakei werde im Westen wenig informiert und die verbreiteten Informationen seien oft unrichtig.

Schwierig gestalte sich gegenwärtig für den neuen Staat, der sich um enge Beziehungen zu allen Nachbarstaaten bemüht, das **Verhältnis zu Ungarn**. Dieses werde durch zwei Themen belastet, die sich ineinander zu verschränken und dadurch ein gefährliches Konfliktpotential zu erzeugen drohen.

- Die slowakische Seite gedenkt, das kurz vor seiner Vollendung stehende **Wasserkraftwerk von Gabčíkovo-Nagymaros** auf jeden Fall zu vollenden, unabhängig davon, dass Ungarn sich vom bilateralen Vertrag von 1977 zurückgezogen hat. Bratislava betrachte die im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Stau der Donau intensivierte internationale Kampagne Budapests als rein politisch motiviertes, ökologisch und wirtschaftlich nicht zu rechtfertigendes Vorgehen. Die Vertreter aller slowakischen Parteien sind sich einig darin, **dass die ungarische Regierung interne nationalistische Spannungen nach aussen projiziert**. Von einem Urteil des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag hätte die Slowakei nichts zu fürchten, doch könne sie sich die damit verbundene Verzögerung der Arbeiten und der Inbetriebnahme des Werks wirtschaftlich nicht leisten. Die SR, die sich z.Z. noch von den föderalen Behörden, bzw. der CR unterstützt fühle, arbeite an der sog. Variante C (Ausbau der Anlagen nur auf slowakischem Territorium) weiter; z.Z werde mit dem Auffüllen des Damms bis zum Treffen des trilateralen Ausschusses (Ungarn - CSFR - EG-Kommission) Anfang November abgewartet. Doch die Besorgnis sei gross, dass der vom Premierminister Antall kürzlich am Nürnberger Treffen der Donaustaaten angeschlagene aggressive Ton rasch in einer **Verschlechterung der bilateralen Beziehungen** münden könnte.
- Auch die in letzter Zeit sehr umstrittene **Frage der ungarischen Minderheit in der Slowakei** berge das Risiko negativer Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen. Im Gegensatz zu den ca. 10'000 übriggebliebenen Slowaken in Ungarn genössen die 560'000 Ungarn in der Slowakei mehr Minderheitenrechte als von der KSZE gemäss Kopenhagener Standard verlangt würde (eigene Schulen bis zur Maturität, eigene Theater und Medien, Gebrauch der eigenen Sprache im Umgang mit den Behörden in den mehrheitlich von Ungarn bevölkerten Gebieten, usw.). Nach den Wahlen sei jedoch

die ungarische Minderheit mit Autonomieforderungen aufgetreten, welche für die Regierung unakzeptabel wären. **Die ungarische Führung provoziere bei den ungarischstämmigen Minderheiten in den umliegenden Staaten, nicht nur in der Slowakei, Unzufriedenheit, um alte territoriale Ansprüche wieder aufzunehmen.** Meciar ist aber überzeugt, dass die materiell gut gestellte ungarische Minderheit gar nicht an ihr Mutterland angeschlossen werden wolle. Die gegenwärtigen Beziehungen mit dem südlichen Nachbarstaat fasst er mit den Worten zusammen: "Man muss da auf alles gefasst sein." Die Slowakei werde sich aber durch ungarische Kraftdemonstrationen nicht beirren lassen.

Dennoch, oder gerade deshalb, ist Bratislava an der Fortführung und Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit im Rahmen der Visegrad-Gruppe sehr interessiert. Deren Bedeutung für die Integration Mitteleuropas, die nun durch Gabcikovo in Frage gestellt zu werden scheint, werde von Westeuropa und selbst von der Tschechischen Republik nach slowakischer Auffassung nicht hoch genug eingeschätzt. Die Grenze mit Polen dagegen werde immer durchlässiger; und es sei zu hoffen, dass letztlich auch mit Ungarn die gemeinsamen Interessen gegenüber den aktuellen Konfliktherden überwiegen würden.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

(M. Jeanrenaud)